



Baar, 28. September 2010

## **SP-Fraktionsbericht zur September Kantonsratssitzung**

### ***Antrag 2. Lesung Strassenbauprogramm 2004 - 2011***

Die SP-Fraktion reichte einen Antrag ein, dass das laufende Strassenbauprogramm wie ursprünglich vorgesehen im Jahre 2011 beendet wird und nicht bis 2014 verlängert wird. Die Rahmenkredite, die nicht bis Ende 2011 ausreichen, sollen im grosszügigen Rahmen erhöht werden, so dass genügend Gelder bis Ende 2011 vorhanden sind. Mit diesem Vorgehen wird die in der 1. Lesung vielfach bemängelte Transparenz Rechnung getragen und der Baudirektor erhält so die Gelegenheit, ein neues Strassenbauprogramm für 2012 und die folgende Jahre aufzulegen.

### **Brücke über den Städtlerwald**

Die SP-Fraktion lehnt den Antrag der Alternativ Grünen Fraktion ab, dieses Traktandum abzusetzen und ein neues Projekt auszuarbeiten. Eine vergleichbare Brücke gibt es schon in der näheren Umgebung, die auch von Huftieren genützt wird. Es gibt aus unserer Sicht keine örtlichen Alternativen dazu. Würde dem Verschiebungsantrag Folge geleistet, so gehen wir davon aus, dass die Brücke über den Städtlerwald nie gebaut werden wird. Im Weiteren lehnte es der Kantonsrat ja schon ab, einen Wildtierkorridor über die Autobahn bei Cham zu bauen. Wir wollen mindestens etwas im Bereich der Vernetzung der Lebensräume für Wildtiere machen als schlussendlich mit leeren Händen dastehen.

### **Kommission für Chancengleichheit von Frau und Mann**

Der Regierungsrat möchte diese Kommission weiterführen, die Kommissionsmehrheit will eine fachlich unabhängige Stelle, welche sie dann aber in der Schlussabstimmung ablehnte. Die Kommissionsminderheit befürwortet eine verwaltungsinterne Stelle. Die SP ist prinzipiell für eine Kommission mit einer Fachstelle, aber dies ist im Kanton Zug nicht mehrheitsfähig. Die SP-Fraktion wird sich deshalb an der Kantonsratssitzung für eine verwaltungsinterne Stelle einsetzen, dies im Sinne einer Kompromisslösung und dass mindestens ein Minimum in diesem Bereich zustande kommt. Trotz des verfassungsmässigen Grundsatzes der Rechtsgleichheit ist die Chancengleichheit in einigen Bereich noch nicht erreicht. Soll jetzt trotzdem die Gleichstellungskommission ersatzlos abgeschafft werden, soll dem klaren verfassungsmässigen Gleichstellungsauftrag des Kantons Zug nicht nachgekommen werden? Die SP-Fraktion wird sich dem widersetzen.